

blick nach rechts

G 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 13. Jahrgang Nr. 18 04. September 1996

➔ **Ritual der braunen Szene**

Seite 2

Trotz bundesweiten Verbots haben 1996 in Deutschland an verschiedenen Orten wieder Rudolf-Hess-Gedenkmärsche stattgefunden. Unbehelligt von der Polizei blieben die Neonazis in Merseburg in Sachsen-Anhalt.

➔ **„Freiheitliche“ bekennen Farbe** Seite 5

Zwei Mitglieder FPÖ-Jugendorganisation werden verdächtigt, einen jüdischen Friedhof geschändet zu haben. Einer der beiden war auch sehr aktiv im neonazistischen „Thule“-Netz.

➔ **BNR-Interview** Seite 6

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Volker Kröning plädiert für eine umfassende juristische Bewältigung des NS-Unrechts. Nach Ansicht der Bremer Politiker sei dies auch mit Blick auf die nachwachsenden Funktionsebenen des Staates von herausragender Bedeutung.

➔ **Zur Goldhagen-Debatte**

Seite 12

Unter der Herausgeberschaft von Julius H. Schoeps ist eine „Dokumentation zur Goldhagen-Kontroverse um die Rolle der Deutschen im Holocaust“ erschienen. Darin sind die in den USA und Großbritannien sowie in Deutschland erschienenen Kritiken zusammengefaßt.

Tagebuch Seite 14

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Vorwärts Verlag, Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon 0228/95113-0, Fax 95113-16

Rudolf-Heß-Gedenkmarsch 1996:

Ein Ritual der braunen Szene

In der Wormser Innenstadt fand am 17. August der diesjährige "Rudolf-Heß-Gedenkmarsch" statt. Anlaß des braunen Spektakels war der neunte Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß in Berlin-Spandau.

Ein "Aktionskomitee Rudolf Heß" stellte die diesjährigen Veranstaltungen unter das Motto "Jahr der Entscheidung". Nachdem in den vergangenen beiden Jahren die zentralen Gedenkmärsche ins benachbarte Ausland verlegt worden waren, sollte dieses Jahr wieder in der Bundesrepublik für die eigenen politischen Ziele demonstriert werden. Das "Aktionskomitee" hatte gleich einen ganzen "Aktionsmonat" im August beschlossen. Zahlreiche Kundgebungen waren bereits für den 3. August angemeldet, aber von den Behörden verboten worden. Die Anmelder stammten zumeist aus den Reihen der "Jungen Nationaldemokraten" (JN), der NPD-Nachwuchsorganisation.

Nationaler Schulterschuß

Über 200 Neonazis zogen auf den Tag genau neun Jahre nach dem Freitod von Rudolf Heß, von der Polizei zunächst ungestört, durch die alte Domstadt Worms. Organisiert hatte die nicht angemeldete Veranstaltung das "Aktionskomitee Rudolf Heß 1996", das sich aus "verschiedenen politischen Gruppierungen und Kameraden" zusammensetzte. In einem Rundschreiben des "Aktionskomitees" wurde die Zahl der Angehörigen mit "weit mehr als zehn Kameraden", unter anderem der Kronacher Funktionär der neonazistischen "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" Kai Dalek, beziffert. Weiter hieß es in dem Rundschreiben Nr. 6, daß "auch führende Vertreter der NPD-Bundesführung sowie Mitglieder des Bundesvorstandes der JN" der verantwortlichen Struktur angehörten. "Das Aktionskomitee als auch die NPD/JN ziehen bei dem diesjährigen Rudolf-Heß-Marsch an einem Strang!"

Das "Aktionskomitee" autorisierte die beiden "Nationalen Infotelefone" Sauerland und Rheinland, aktuelle Nachrichten und Hinweise für den "Rudolf - Heß - Gedenkmarsch" bekanntzugeben. Betreiber des NIT Sauerland ist das ehemalige

Mitglied der verbotenen "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP), André Zimmermann, aus Winterberg. Das NIT Rheinland in Düsseldorf betreibt mit Udo Birr ebenfalls ein ehemaliges Mitglied der FAP, der jetzt als JN-Funktionär in Erscheinung tritt. Später kam noch das von NPD-Landesverband Thüringen betriebene "Nationale Infotelefon Mitteldeutschland" in Gotha als Organ des "Aktionskomitees" hinzu.

Die Leitung der Wormser Demonstration lag bei Holger Apfel, dem Bundesvorsitzenden der "Jungen Nationaldemokraten" (JN), und dem langjährigen Neonazi-Kader Steffen Hupka, seit kurzem Beisitzer im JN-Bundesvorstand. Der Ordnerdienst wurde von Thomas "Steiner" Wolff, ehemaliger Vorsitzender der 1995 verbotenen Hamburger "Nationalen Liste", geführt. Der Umzug stand deutlich im Zeichen des NPD-Nachwuchses. Zahlreiche Fahnen der „Jungen Nationaldemokraten“ begleiteten den Aufmarsch im südlichen Rheinland-Pfalz. Unter den Marschierern fanden sich viele Mitglieder und Funktionäre der JN, wie der Freisinger Jens Pühse, Beisitzer im JN-Bundesvorstand, und Eric Rössler, Funktionär im JN-Landesvorstand von Baden-Württemberg. Zu den Anhängern des 1987 verstorbenen ehemaligen Stellvertreters Hitlers zählten auch der jüngst zu einer viermonatigen Haftstrafe verurteilte Oliver Schweigert, ein ehemaliger Funktionär der "Nationalen Alternative" in Berlin sowie der oben erwähnte André Zimmermann. Mit Christian Hehl, er litt im Laufe der Veranstaltung einen Kreislaufkollaps, und Rene Rodriguez Teufer nahm die Hälfte des einstigen Vorstandes der aufgelösten "Aktionspartei Nationalrevolutionärer Kameraden" an der Kundgebung teil. Während des braunen Spuks wurden Parolen wie "Hier marschiert der nationale Widerstand" und "Rudolf Heß - das war Mord" skandiert. Am Rande des Aufmarsches wurde auch Propagandamaterial (Rudolf Heß - Märtyrer des Friedens!) des „Deutschen Jugend Bundes“ aus dem westfälischen Verdohl verteilt.

Unbehelligt in Merseburg

Bei einer Zwischenkundgebung an einem Kriegerdenkmal hielt Holger Apfel die Hauptrede. Der Hildesheimer Bundesvorsitzende der "Jungen Nationaldemokraten" wertete den Aufmarsch in Worms als Erfolg für die "Nationale Szene". Apfel verwies auf die "Kameraden", die am Stadtrand von Worms hängen geblieben waren und so nicht mehr zur Kundgebung dazustoßen konnten. Der seit 1993 als JN-Bundesvorsitzender amtierende

Apfel trat bereits vor drei Jahren beim Rudolf-Heß-Gedenkmarsch in Fulda als Redner auf.

Beim Rückweg zum Dom griff die Polizei nach rund einer Dreiviertelstunde ein. Die Teilnehmer der Kundgebung wurden von Polizeikräften umstellt und in Gewahrsam genommen. Rund 160 Personen aus der rechtsextremen Szene wurden in Worms vorübergehend festgenommen, sowie in Hessen 60 und in Baden-Württemberg 29 Rechtsextremisten festgesetzt, die wahrscheinlich auf dem Weg nach Worms waren. An der französisch-saarländischen Grenze wurden 24 Personen aus Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden zurückgewiesen, deren Fahrziel ebenfalls Worms gewesen war. Im oberfränkischen Wunsiedel, der Grabstätte von Rudolf Heß, nahm die Polizei 18 Skinheads aus Sachsen und Nordrhein-Westfalen fest. Weitere Verhaftungen fanden auch in anderen Bundesländern statt. Dabei beschlagnahmte die Polizei Propagandamaterial und verschiedene Waffen. In Schweden fand in der nordöstlich von der Hauptstadt Göteborg gelegenen Stadt Trollhättan eine weitere Kundgebung statt. Dort versammelten sich etwa dreihundert Rechtsextremisten aus Schweden, Dänemark, Norwegen und der Bundesrepublik Deutschland, um Rudolf Heß zu gedenken. Dabei kam es zu Auseinandersetzungen mit Gegendemonstranten. Organisiert wurde die Versammlung vom "Gelben Kreuz", einer rechtsextremistischen Gefangenenhilfsorganisation, die der schwedischen "Nationalen Allianz" unter John Christopher Rangne nahesteht. In der Nähe von Trollhättan hat sich im vergangenen Jahr im übrigen der Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger niedergelassen.

Schauplatz Worms

Das anfängliche Nichteingreifen der Polizei, das den Aufmarsch erst ermöglicht hatte, wurde von verschiedenen Seiten kritisiert. Heinz Putzrath von der Bonner "Arbeitsgemeinschaft Verfolgter Sozialdemokraten" hielt der Polizei vor, sie sei "entweder unwillig oder unfähig" gewesen. Der stellver-

tretende Fraktionsvorsitzende der Grünen im Landtag von Rheinland-Pfalz, Bernhard Braun aus Ludwigshafen, sprach von einer Schande. "Polizei und der angeblich so effektive Verfassungsschutz in Rheinland-Pfalz müssen sich fragen lassen, warum die Neonazis durch Worms marschieren konnten, während sonst bundesweit Neonazi-Aufmärsche effektiv verhindert wurden". In Merseburg in Sachsen-Anhalt schritt die Polizei jedoch überhaupt nicht ein. Dort standen lediglich 30 Polizeibeamte rund 120 Rechtsextremisten gegenüber. Mobilisiert hatte nach Merseburg offensichtlich die neonazistische Kleinorganisation "Die Nationalen e.V.". Auch die dortige Versammlung war nicht angemeldet worden. Anschließend stürten die Neonazis im nahen Bad Lauchstädt ein Fest.

Schon seit längerer Zeit ist Worms Schauplatz rechtsextremistischer Auftritte. Am 20. April dieses Jahres trat der ehemalige Rechtsterrorist Manfred Roeder am Rande eines historischen Luther-Festes rund um den Wormser Dom auf. Für den 30. Januar 1994 hatte der Wormser Neonazi Rüdiger Werner zu einer Großkundgebung unter dem Motto "Nationalisten gegen Terror und Gewalt" aufgerufen. Als Redner waren der langjährige NPD-Funktionär Rüdiger Werner und der Bundesvorsitzende der "Deutschen Nationalisten" Michael Petri vorgesehen. Beide stehen seit einem knappen Jahr vor dem Koblenzer Landgericht. Ihnen wirft die Staatsanwaltschaft vor, die 1992 verbotene neonazistische "Deutsche Alternative" fortgeführt zu haben. Im Dezember 1993 wurde der Wormser Judenfriedhof, einer der größten europäischen jüdischen Friedhöfe, geschändet. In den letzten Jahren fanden regelmäßig Veranstaltungen, sogenannte "Nationale Grillfeste", in Worms-Pfeddersheim statt. Gerne trat dabei der braune Barde Frank Rennie vor den mehr als 100 Anwesenden auf dem Gelände des Weingut Finger auf. Die Durchführung der Grillfeste "diente dazu", so der Verfassungsschutzbericht von Rheinland-Pfalz, "Kontakte innerhalb der neonazistischen Szene aufzubauen und zu verbessern."

Silvia Nagel

IMPRESSUM

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:
Vorwärts Verlag GmbH
Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon (0228) 95113-0, Fax 95113-16

Redaktionsleitung:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Winterstr. 35, 53177 Bonn
Telefon (0228) 9510416, Fax 314523

Satz und Lithos:
DAVIS BONN GmbH

Druck:
Braunschweig-Druck GmbH

Erscheint 14tägig, Bezug nur Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten

Urteil im Lauck-Prozeß:

„Der Kampf geht weiter“

Vier Jahre Haft wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß und Verwendung von Kennzeichen einer verbotenen Vereinigung, so lautete das Urteil gegen den US-amerikanischen Neonazi Gary Rex Lauck.

Lauck selber mußte mit dem Urteil zufrieden sein. Unter Anrechnung seiner Untersuchungshaft in Dänemark und in Deutschland bleiben ihm noch zweieinhalb Jahre abzusitzen. In einem Brief an den ebenfalls inhaftierten Hamburger Neonazi Christian Worch schrieb er: „Eine Strafe von zwei bis drei Jahren wäre ideal. Alles was darüber hinausgeht, empfinde ich als persönlich unangenehm.“ Doch von den markigen Sprüchen des Möchtegern-Märtyrers blieb bei der Urteilsverkündung nicht viel übrig. Hatte er zu Prozeßbeginn einem holländischen Journalisten gegenüber bedauert, für seine Taten nicht hingerichtet werden zu können, wütete der „Auslandsdeutsche“ gegenüber den anwesenden Journalisten, daß es weder die Kommunisten noch die Nazis je gewagt hätten, einen amerikanischen Staatsbürger zu kidnappen und drohte: „Der Kampf geht weiter“.

„Ersatz-Joseph Goebbels“ fehlt

Die Reaktionen der deutschen und internationalen Neonazi-Szene auf das Urteil waren allerdings eher verhalten. Abgesehen von einigen müden Solidaritätsbekundungen mit „Kamerad Lauck“ aus dem Rheinland und genäselter Kritik an der „politischen Justiz“ aus Hamburg und Schleswig-Holstein beschäftigte eher der Heiß-Gedenkmarsch in Worms die Szene. Auch die einschlägigen Mailboxen befaßten sich nur am Rande mit dem Urteil. Laucks hauseigene NSDAP/AO-Box liefert seit Juni gar keine aktuellen Nachrichten mehr. Der Kampf des „weltweit größten Verbreiters von NS-Propaganda“ ist ins Stocken geraten. Auch wenn Lauck im internationalen Netzwerk nicht die Bedeutung hatte, die er sich und die ihm die Staatsanwalt zumißt, steht zumindest fest, daß die Propagandamaschine seit seiner Festnahme im vergangenen März stillsteht. Den beiden in Lincoln/Nebraska verbliebenen NSDAP/AO-Aktivistinnen, der 70jährigen Opal Soltau alias Karl Hammer und dem Lauck-Vertrauten Michael Kelly

alias Michael Storm fehlt der „Ersatz-Joseph Goebbels“, so der Spottname Laucks in seiner Heimatstadt, als treibende Kraft.

Seit 1972 hatte das Trio alle zwei Monate rund 2.500 Exemplare der Neonazi-Postille „NS-Kampfruf“ und mindestens 40.000 Hakenkreuz-Aufkleber mit Parolen wie „Rotfront verrecke“ und „Wir sind wieder da“ nach Deutschland geschickt. Ziel der Haßpropaganda war „das Ende des verjudeten Bonner Verratsregimes“ und die Hoffnung, daß „eines Tages (...) wieder die heilige Hakenkreuzfahne über einem vereinigten Großdeutschen Reich“ flattert. Mehr als 64 Empfänger bestellten per Kenn-Nummer die Hetzschriften und NS-Devotionalien. Konspiration war oberstes Gebot. Das Material ging an Postfächer in der gesamten Bundesrepublik, die unter falschem Namen gemietet worden waren. Absender waren fiktive Adressen in den USA.

Neue Informationen über die Finanzierung und Struktur der NSDAP/AO brachte die rund vier Monate dauernde Verhandlung nicht. Geldquellen Laucks sind neben dem NS-Versandhandel, und größeren Geldspenden von Altnazis, die von ihm betriebene Beratungsfirma R.J.G. Engineering Inc. Gegründet hatte Lauck die NSDAP/AO 1972. Im 17-Punkte-Programm der Partei heißt es unter anderem: „Wer nicht deutschen Blutes ist, soll nur als Gast in Deutschland sein und unter Fremdenrecht stehen“. Ausländer sollen „aus Gründen der Volksgesundheit zum Verlassen des Deutschen Reiches“ gezwungen werden. „Wenn sie nicht schnell genug laufen, werden sie erschossen, präzierte Lauck gegenüber Journalisten.

Unbeeindruckt davon kündigte Laucks Verteidiger Hans-Otto Sieg Revision gegen das Urteil an. Bereits in seinem Plädoyer hatte er den „politischen Charakter“ des Prozesses betont und behauptet: „Auch nationalsozialistische Politik ist Politik“. Außerdem sei die Produktion und Verbreitung von NS-Propaganda in den USA kein Verbrechen, Lauck habe sich nicht strafbar gemacht. Dies ist bereits der zweite Prozeß, bei dem sich der Frankfurter Anwalt für die Belange von Neonazis stark machte. Angeheuert für Laucks Verteidigung hatte ihn Michael Petri, Kopf der „Deutschen Nationalisten“, den Sieg in Koblenz vertritt. „Die wissen eben, daß ich ihnen unvoreingenommen gegenüberstehe“, erklärte Sieg. Seine Klientel sieht das offenbar anders: In Telefongesprächen zwischen Petri und dem deutschkanadischen Revisionisten Ernst Zündel, die während des Prozesses öffentlich wurden, betrachteten die Neonazis Sieg als Sympathisanten.

Sonia Shinde

Eingebunden in das neo-nazistische Netz:

Nachwuchs- "Freiheitliche" bekennen Farbe

Die Forderung nach einem sofortigen Rücktritt des derzeitigen Bundesgeschäftsführers der „Freiheitlichen“, Nationalratsabgeordneten Karl Schweitzer, wird in Österreich immer lauter. Das Nachrichtenmagazin PROFIL hatte jüngst ein Protokoll veröffentlicht, das Schweitzer als Teilnehmer an der konstituierenden Sitzung des „Rings Freiheitlicher Jugend“ (RFJ), Bezirksgruppe Oberwart, Ende 1991 ausweist. Schweitzer soll auch Mitinitiator der Gründung gewesen sein. Zugegen bei der Gründung der FPÖ-Jugendorganisation waren unter anderem Wolfgang Tomsits und Christian Anderle, beide zeitweilig Schüler des Mittelschulprofessors Schweitzer. Diese werden verdächtigt, im November 1992 den Jüdischen Friedhof von Eisenstadt geschändet zu haben.

Während Tomsits, der sich nach bisher noch unbestätigten Angaben mehrere Monate in Südafrika aufgehalten hat, um bei gleichgesinnten Weißen „Kampfsportarten“ zu trainieren, gefaßt wurde und geständig ist, konnte sich Anderle rechtzeitig absetzen und ist nach eigenem Bekunden in der Bundesrepublik untergetaucht. Nach ihm wird per internationalem Haftbefehl gesucht.

Tomsits und Anderle sollen auch Herausgeber der neonationalsozialistischen Untergrundpostille „ALBUS“ sein, die der österreichischen Sektion der NSDAP/AO zuzurechnen ist. In der Postille mit dem Untertitel „Nachrichten aus dem weissen Widerstand“, von der wahrscheinlich nur eine Ausgabe (Jänner/Feber 1994) erschienen ist, wird über die Legitimität eines „militärischen Widerstandes“ in Österreich diskutiert. Das Blatt kommt zum Ergebnis, daß einzig und allein „gewaltsamer, militärischer Widerstand“ zweckmäßig sei. Um die Theorie in die Praxis umzusetzen, präsentiert „Albus“ einen „Selbstzünder-Mollie zum Selbermachen“. Wenige Seiten später wird betont, daß es „oberste Pflicht“ sei, das „arische Blut rein zu erhalten“. Auf der „Albus“-Rückseite prangt die Kontaktadresse der NSDAP/AO in den USA.

Besonders pikant ist, daß Anderle für die FPÖ bei der Gemeinderatswahl im burgenländischen Stadtschlaining auf dem zweiten Listenplatz kandidierte. FPÖ-Obmann des zuständigen Bezirks Oberwart war und ist der jetzige Bundesgeschäftsführer Schweitzer. Die Wahl fand am 18. Oktober 1992 statt - 13 Tage vor der Friedhofsschändung. Für den Einzug in den Gemeinderat fehlten Anderle 65 Stimmen der 1731 Wahlberechtigten.

Zum Zeitpunkt seiner Kandidatur war Anderle bereits einschlägig bekannt. 1991 fiel er der Staatspolizei wegen „rechtsextremer Äußerungen“ im BTX-System des Grazer „Institutes für Grundlagen der Informationsverarbeitung“ erstmals auf. Bis 1994 plazierte er unter den Pseudonymen „Morris“ und „Lancelot“ rassistische und hetzerische Parolen.

Nachrichten von „Arisk“

Zwei Jahre später, im Februar dieses Jahres, ging in Wien unter konspirativen Umständen eine „Mailbox für patriotische Dissidenten“ unter dem Namen „Dissident BBS“ an den Start. Der Sysop (=Betreiber) agiert mit dem Namen „Arisk“. Eingebettet ist die Mailbox in das neonazistische „Thule“-Mailbox-Netz. Eingespeist wurden u.a. Artikel von Pierre Krebs, Kopf des neurechten „Thule-Seminars“; geworben wurde für neonazistische Postillen wie „Widerstand“ (Lüdenscheid) und „Freie Stimme“ (Bad Berleburg). Ende Mai ging „Dissident BBS“ aus persönlichen Gründen „offline“. Hinter dem Namen „Arisk“ verbirgt sich Anderle. Seit einigen Tagen nun gehen seine „Thule“-Kameraden auf Distanz zu ihrem gleichgesinnten Kameraden. Am 12. August schrieb der Pseudonymus „Igel“ im „Thule“-Netz, daß er Arisks „fundierte und geistvolle Beiträge zu schätzen gewußt“ habe. Aber: „Gräber schänden würde ich allerdings nicht einmal bei meinen widerwärtigsten Gegnern.“

In einer Presseerklärung hat Wolfgang Neugebauer, Wissenschaftlicher Leiter des „Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes“ (DÖW) vor wenigen Tagen darauf hingewiesen, daß die Enthüllungen über die Verwicklung Schweitzers in die Schändung des jüdischen Friedhofs von Eisenstadt „nur den Höhepunkt einer langen antisemitischen Tradition der FPÖ“ darstelle und ein „neuerlicher Beweis für die enge Verflechtung zwischen militanten Neonazis und FPÖ“ sei.

BNR-INTERVIEW

NS-Unrecht aufarbeiten

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Volker Kröning drängt auf eine Aufhebung der Urteile der NS-Justiz gegen Regimegegner. Gegenüber dem „blick nach rechts“ betonte der Bremer Politiker, dies sei auch mit Blick auf die nachwachsenden Juristengenerationen von grundlegender rechtspolitischer Bedeutung.

bnr: In diesem Sommer wurde der breiten Öffentlichkeit bekannt, daß zehntausende, ja womöglich hunderttausende Urteile gegen Nazi-Gegner noch Rechtskraft besitzen. Dies schließt auch Todesurteile, also justitielle Morde ein. Was geschieht, um diesen Zustand zu beenden?

Volker Kröning: Leider ist erst wieder durch die Entscheidung der Berliner Justiz über die Todesurteile gegen Dietrich Bonhoeffer und andere bewußt geworden, daß in der Nachkriegsgeschichte bisher nur Stückwerk vollbracht worden ist bei der Abrechnung mit der NS-Justiz. Und dennoch muß man ganz nüchtern einräumen, daß es nie - auch für eine historisch-moralische Aufarbeitung - zu spät ist. Jede Generation hat sich neu mit den Katastrophen der deutschen Geschichte auseinanderzusetzen. Was nun daraus konkret zu folgern ist, wird unmittelbar nach der Sommerpause, die nun ja zu Ende geht, im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages Gegenstand von Beratungen sein. In die neue breite Beschäftigung mit der juristischen Bewältigung des NS-Unrechts werden dann auch Einzelfälle eingehen, die bereits den 13. Deutschen Bundestag in den ersten beiden Jahren beschäftigt haben. Es geht also auch um Fragen der Wiedergutmachung an Juden in Mitteleuropa, die erst nach dem Fall des Eisernen Vorhangs in der Lage waren, ihre Ansprüche geltend zu machen. Und es geht auch um die Kriegsdienstverweigerer und Deserteure der deutschen Wehrmacht.

bnr: Gibt es in der Frage der Aufhebung der Urteile gegen Nazi-Gegner fraktionsübergreifende Vorstellungen?

Volker Kröning: Es gibt bisher nur die Signale aus allen politischen Lagern, insbesonde-

re der SPD und der CDU, sich gleich nach der Sommerpause des Themas anzunehmen. Es gibt aber noch kein inhaltliches Konzept. Der allgemeinste Ansatz, alle Strafurteile der NS-Justiz aufzuheben, greift zu weit. Zwar kann man auf der einen Seite begründen, daß die Organe des NS-Staats nationalsozialistisch korrumpiert waren, doch wird man andererseits sich nicht gegen solche Urteile wenden können, die auch unter rechtsstaatlichen Bedingungen erfolgt wären. Daher wird man Spezifizierungen suchen müssen, um dieser Problematik gerecht werden zu können. Ein Begriff, der zugegebenermaßen aber auch noch unscharf ist, könnte der des Regimegegners sein, der aus politischen Gründen verurteilt worden ist.

bnr: Vom politischen Grundsatz her dürfte es doch kein Problem sein die Urteile gegen Regimegegner aufzuheben. Das Grundgesetz fordert schließlich den kategorischen Bruch mit dem Nazi-Staat...

Volker Kröning: Ganz richtig. Und wir müssen sehen und uns damit auseinandersetzen, daß bedingt durch die Kontinuitäten in der jüngeren deutschen Geschichte der Trennstrich zwischen NS-Zeit und der Bundesrepublik mit ihrem rechtsstaatlich-demokratischen Anspruch nicht von Anfang an konsequent praktiziert worden ist. Bedenken Sie, daß selbst Widerstandskämpfer des 20. Juli in den ersten Jahren der Bundesrepublik vom Bundesentschädigungsgesetz nicht erfasst worden sind. Ja, sie wurden sogar benachteiligt gegenüber Antragstellern und Leistungsempfängern aus der Wehrmacht oder NS-Organisationen. Der Lernprozess, den uns das Grundgesetz aufgibt, vollzieht sich leider erst in Schüben.

bnr: Festzustellen bleibt in diesem Zusammenhang ja auch, daß in der alten Bundesrepublik kein einziger Nazi-Richter verurteilt worden ist.

Volker Kröning: So ist es. Und auch der Bundesgerichtshof ist erst mit seiner Grundsatzentscheidung vom 16. November 1995 zu einer adäquaten Auseinandersetzung mit dem Unrecht des Reichsgerichts und der bis dahin geltenden Verkennung dieses Unrechts durch den Bundesgerichtshof selbst gelangt. Ich halte dies für eine wichtige juristische Selbstkorrektur, die gerade auch für die weitere Rechts-

entwicklung bedeutsam ist. Insgesamt möchte ich freilich sagen: Die gesamte Geschichte der juristischen Auseinandersetzung mit dem NS-Unrecht verdient das Verdikt zu wenig und zu spät.

bnr: Ist es nicht auch mit Blick auf die Generationen nachwachsender Juristen erforderlich, dieses Kapitel aufzuarbeiten? .

Volker Kröning: Dem stimme ich zu. Und deshalb will ich das Wort „zu wenig und zu spät“ noch etwas differenzieren. Dies gilt für die Entschädigung von Opfern und für die Verfolgung von Tätern. Aber auch die rechtsförmliche Auseinandersetzung mit dem NS-Staat und seinen wesentlichen Trägern bleibt eine Aufgabe, die niemals zu spät in Angriff genommen werden kann. Es geht darum die Trennung der Qualitäten von Recht und

Unrecht bewußt zu halten. Und dies ist gerade mit Blick auf die nachwachsenden Funktionseliten, die jeder Staat braucht, von herausragender Bedeutung.

bnr: Kommt der Anerkennung der Deserteure dann nicht besondere Bedeutung zu?

Volker Kröning: Ja. Ich bin mit deren Argumentation in Übereinstimmung, daß es gerade für Bundeswehrangehörige und Menschen, die in einem juristischen Beruf sind, entscheidend ist, nicht nur über einen festen Moralbegriff, sondern auch über einen demokratischen Rechtsbegriff zu verfügen. Dies schließt die Kenntnis dessen ein, was zwischen 1933 und 1945 geschah und verpflichtet auf das Grundgesetz, das einen Bruch mit der NS-Diktatur bedeutet.

Interview: Rudolf Schwinn

NS-Verbrecher kamen ungeschoren davon:

Kein Ruhmesblatt für die deutsche Justiz

Das hörte sich gut an, nachdem SS-Hauptsturmführer Erich Priebke in Rom freigesprochen worden war. Ein Haftbefehl liege bereits vor, sagte Oberstaatsanwalt Klaus Schlacht, der die Dortmunder Zentrale Stelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen leitet. Ein Sprecher des Bundesjustizministeriums betonte vollmundig, man werde innerhalb der vorgeschriebenen 40 Tage Priebkes Auslieferung beantragen. Vermutlich sind das Floskeln, weil der „Fall Priebke“ wohl in Rom in die nächste Instanz gehen wird und die bundesdeutsche Justiz sich gar nicht bemühen muß. Darin hat das Bundesjustizministerium hinreichende Erfahrung.

Seit Mitte der 50er Jahre arbeitete in diesem Ministerium eine große Kommission daran, das deutsche Strafrecht zu erneuern. Die neue Fassung wurde 1970 im Bundestag beraten und trat 1975 in Kraft. Ein unscheinbarer Abschnitt freilich gelangte bereits 1968 ins Parlament und wurde kurz darauf rechtswirksam: das Einführungsgesetz zum Ordnungswidrigkeiten-Gesetz. In den entscheidenden Jahren von 1966 bis 1969 war Gustav Heine-

mann Bundesjustizminister und damit politisch verantwortlich für diese größte Massenamnestie mutmaßlicher NS-Verbrecher vor allem hinter Schreibtischen im Reichssicherheits-Hauptamt. Die neuen Bestimmungen betrafen vor allem den Verkehr. Versteckt hinter komplizierten Formulierungen wurde aber auch die Schuld bei der Mordbeihilfe neu geregelt und damit die Verjährung von Mordbeihilfe. Sie sank von 20 auf 15 Jahre. Von dieser Neufassung profitierten nach Überzeugung des „Bayernkurier“ 90 Prozent aller NS-Mordtaten. Ähnlich kommentierte es damals der Chef der Ludwigsburger Zentralen Stelle, Oberstaatsanwalt Dr. Adalbert Rückerl: „Die Großen, die die Morde ja nicht eigenhändig begangen haben, sind nur zu belangen wegen Beihilfe zum Mord aus niedrigen Beweggründen. Da man ihnen diese Beweggründe selbst aber heute kaum nachweisen kann, sind sie es, die jetzt am besten dran sind.“ Enthüllt hat diese Zusammenhänge soeben der Zeithistoriker Prof. Ulrich Herbert in seiner vorzüglichen Studie „Best - Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903 - 1989“.

Werner Best war hauptverantwortlich für die Aufstellung der Einsatzgruppen in Polen, die dort nach dem deutschen Überfall Zehntausende von Juden umbrachten. Später wurde Best „Reichsbevollmächtigter „ im besetzten Dänemark. Nach der Befreiung stilisierte er sich zum Retter der dänischen Juden, indem er ihnen den Beginn der Deportationen zugespielt habe. Herbert enthüllt detailliert, daß Best vielmehr einen Vorwand suchte, um auch die dänischen Juden nach Auschwitz

verschleppen zu können. Werner Best gehört zu den ganz großen Nazis, die nicht einen einzigen Tag in deutscher Haft für seine Verbrechen büßen mußten. Er galt schon in den 60er Jahren als krank und nicht verhandlungsfähig. Best starb 1989. Vier Jahre zuvor hat er noch als Zeuge vor dem Landgericht Bonn den SS-Hauptsturmführer Modest Graf von Korff erfolgreich entlastet. Auf dem Weg zum Sitzungssaal nahm er stets zwei Stufen auf einmal.

„Große am besten dran“

Ähnlich genasführt wurde die bundesdeutsche Justiz durch den Legationsrat im Reichsaußenministerium (AA), Horst Wagner. Der war im AA zuständig für Juden in mit dem Deutschen Reich befreundeten Staaten. Ohne Wagners Zustimmung durften in diesen Staaten die Deportationen nicht beginnen. Er hat immer grünes Licht gegeben, bestritt dies allerdings, als er 1946 vor dem Internationalen Militärgericht in Nürnberg als Zeuge vernommen wurde. Einem Haftbefehl der bayrischen Justiz entzog er sich 1948 durch Flucht - nach Argentinien. Ende 1952 trieb ihn die Sehnsucht zurück nach Europa. Er ließ sich in Rom mit einem anderen Namen als Korrespondent argentinischer Zeitungen nieder. Im März 1953 setzte Bonn bei der italienischen Polizei Wagners Verhaftung durch. Ausliefern mochte Rom Horst Wagner trotzdem nicht. Die ihm vorgeworfenen Taten seien nicht kriminell sondern politisch motiviert gewesen. Das Auslieferungsbegehren hatte das Auswärtige Amt in Bonn nicht eindeutig formuliert, also geschlampt. Immerhin ging es um 350.000 Fälle von Mordbeihilfe - vor der Neufassung der Beihilfe unter Heinemann. Als Wagner 1956 in die Bundesrepublik heimkehrte, war er guten Glaubens, hier unbehelligt zu bleiben. Er wurde freilich sofort festgenommen und nach 15 Monaten gegen eine Kaution von 80.000 DM freigelassen. Die Anklageschrift umfaßte bald 20 Bände mit 20.000 Dokumenten. Dennoch ist Wagner nie ein Haar gekrümmt worden. Mal ließ er sich am Auge, mal an der rechten, später an der linken Hüfte operieren, dann legte die Verteidigung wenige Tage vor Beginn der Hauptverhandlung ihr Mandat nieder. Der neue Verteidiger mußte sich einarbeiten, wofür er Monate in Anspruch nehmen durfte. Wagner starb als juristisch unbescholtener Mann. Josef Neuberger, erfolgreicher Justizminister von Nordrhein-Westfalen, kommentierte die Affaire Wagner so: „Hier wird nach meiner Meinung mit der Justiz Katz und Maus gespielt.“

Das durfte man der Justiz im Braunschweig der 60er und 70er Jahre nicht vorwerfen. Sie ließ sich nicht an der Nase herumführen, sie sprach 1970 von sich aus im Hauruckverfahren den einzigen Kommandanten eines KZ, der je vor einem deutschen Gericht gestanden hat, einfach frei. Es war Johannes Hassebroek, Chef von Groß-Rosen, einem KZ nicht weit von Breslau - „das schrecklichste Lager, das ich erlebt habe“, erinnerte sich später Simon Wiesenthal. Dort wurde täglich gemordet. Auch britische Kriegsgefangene gehörten zu den Opfern. Deshalb verurteilte ein britisches Militärgericht Hassebroek 1948 zum Tode. Das Urteil wurde später über eine lebenslange in eine 15jährige Freiheitsstrafe umgewandelt. Diese 15 Jahre dauerten für den Mörder knapp sechs Jahre. 1954 war Hassebroek ein freier Mann. Seine Verbrechen seien als Totschlag zu qualifizieren, und der sei verjährt, urteilten die Richter.

Noch großzügiger gaben sich 1964 die Mitglieder der 4. Strafkammer des Landgerichts München. Sie hatten über Schuld oder Unschuld von sieben Mitgliedern des Bewachungspersonals im Vernichtungslager Belzec in Südpolen zu entscheiden, wo zwischen 1942 und 1943 etwa 600.000 Juden im Gas erstickt worden sind. Nach wenigen Tagen der Beweisaufnahme sprach das Gericht alle Angeklagten frei. Sie hätten zwar „jeweils den Tatbestand eines Verbrechens der Beihilfe zum gemeinschaftlichen Mord“ erfüllt. „Ein Schuldvorwurf kann indessen gegen sie nicht erhoben werden.“ Sie hätten sich nämlich in einer ausweglosen Zwangslage befunden. Befehlsnotstand also, aber diese Schutzbehauptung war bereits damals vom Chef der Ludwigsburger Zentralen Stelle, Adalbert Rückerl, längst als unzutreffend widerlegt worden.

Weniger spektakulär, dafür aber um so skandalöser ging es 1982 vor dem Landgericht Dortmund zu. Angeklagt waren der Rentner Wilhelm Westerheide und die Angestellte Johanna Zelle. Tatvorwurf: Ermordung von etwa 9.000 Bewohnern des Ghettos von Wladimir-Wolynsk in der Ukraine Ende 1942. Zeugen bekundeten, gesehen zu haben, wie die beiden Angeklagten Kinder vom Balkon eines Krankenhauses auf die Straße geworfen haben. Das Wasser eines Flusses habe sich durch das Blut erschossener Juden rot gefärbt. Das Gericht glaubte den Zeugen nicht, sprach die Angeklagten frei. Der Vorsitzende Richter Heinz Müller stellte stattdessen Strafantrag gegen einen Journalisten, der den schroffen, arroganten Umgang Müllers mit Zeugen und Zuhörern kritisiert hatte. Der Strafantrag wurde zurückgewiesen.

Heiner Lichtenstein

ZEITSCHRIFTENSCHAU

**Rechtsextremistische
Periodika in 1996**

„Deutschland in Geschichte und Gegenwart“,
„Deutsche National-Zeitung“ 32-35/96“ und
„Junge Freiheit“ 34-36/96:

„Deutschland in Geschichte und Gegenwart“
44.Jg. Nr.2;

Die im Grabert-Verlag erscheinende „Zeitschrift für Kultur, Geschichte und Politik“ repräsentiert in aller Deutlichkeit das Denken der 1945 geistig Stehengebliebenen. Der Aufmacher ist eine durch Unbelehrbarkeit gekennzeichnete „Verteidigung“ des durch „Pläne zur Europäischen Union und Abschaffung der Deutschen Mark“ existenzbedrohten deutschen Volkes durch den Ex-General Reinhard Uhle-Wettler, Intimus der rechten Szene. Deutschland befindet sich laut seiner Klage in „antifaschistischer Geiselhaft“, ausgelöst durch den Internationalismus, sprich die Amerikaner und Juden. Die EU-Feindschaft bestimmt denn auch zwei weitere Texte, einmal eines Raoul Hahn (Brüssel - das zweite Moskau?) sowie des Albert von Freiwaldau, dem zufolge ausgerechnet aus den Protokollen der Weisen von Zion die von den Parteien mit dem Ziel der Vernichtung von Arbeitsplätzen und folglich Schädigung des Volkes aufgegriffenen Rezepte stammen. Hans Werner Woltersdorf bemüht sich um den Nachweis, daß der Nationalsozialismus die harmloseste aller Ideologien war. Bemerkenswert allein ist die Bewertung des Rechtsstreits um die „Grundlagen zur Zeitgeschichte“ (von Gernar Rudolf al. Ernst Gauss) durch den Verlag.

„Deutsche National-Zeitung“ (DNZ) - 25.Jg.;
Im Visier die „Allgemeine Jüdische Wochenzeitung“, der ein ganzseitiger Beitrag - mit entsprechender Akzentuierung - gewidmet ist (32/96). Der von einem römischen Militärgericht freigesprochene SS-Obersturmführer Erich Priebke, über dessen Prozeß und die Hintergründe die DNZ seit Monaten berichtete, wird als Opfer des voll von „jüdischen Anklagen“ steckenden deutschen „Schweinejournalismus“, dargestellt. Aufgerechnet wird, wie wenig sich die Justiz um Aufdeckung von „rotpolnischen KZ-Verbrechen“ bemüht hat (33/96). Verteidigung von Priebke auch in der nächsten DNZ-Ausgabe, hier wird mit von Amerikanern an Deutschen begangenen Greueln gegen-

gerechnet (34/96). Die Leviten gelesen werden dem Antisemitismus-Forscher Wolfgang Benz, der der DNZ doch tatsächlich Antisemitismus und Relativierung des Holocaust unterstellt (34/96). Sorgen macht sich die DNZ um das österreichische Staatsvolk, das durch Überfremdung und mangelndem Bekenntnis zum Deutschtum bedroht sei (35/96).

„Junge Freiheit“ (JF) - 11.Jg.;

Ein Plädoyer für die Pressefreiheit hält JF-Chefredakteur Dieter Stein - und diese sei durch die Einstufung der nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes der JF als rechtsextremistisch nicht gewährleistet. Die JF will deshalb gerichtlich durchsetzen - anwaltschaftlich vertreten durch Manfred Brunner, BFB-Vorsitzender, - das nordrhein-westfälische Innenministerium zu künftiger Unterlassung und Verbot der Verbreitung ungeschwärtzter Ausgaben der Berichte 1994 und 1995 zu verdonnern (34/96). Lebensschützer Mathias von Gersdorff, Mitglied der Anti-Abtreibungsvereinigung DVCK e.V./SOS Leben, plädiert ohne Einschränkung für das Recht des ungeborenen Lebens (34/96). Der Freispruch für Priebke durch das römische Militärgericht und die Empörung und Trauer darüber ist für die JF, die sich auf die Seite der Täter stellt, „Hysterie der Öffentlichkeit“ (34/96). Des Themas „Scientology“ nimmt sich auch die JF an und befragt dazu einen Scientology-Sprecher, der selbstredend alle Totalitarismuswürfe von sich weist. Freiheit für Scientology fordert auch CDU-Rechtsaußen Heinrich Lummer (35/96). Ex-Militär Franz Uhle-Wettler, Autor im Hohenrain-Verlag und der „Verlagsgemeinschaft Berg“, erwähnt im Verfassungsschutzbericht 1995 für Berlin, rechnet mit der Siegerjustiz ab. Im Fall Priebke seien schließlich die Geislerschießungen nicht völkerrechtswidrig und im übrigen von den Partisanen verschuldet gewesen. Als reine Siegerwillkür betrachtet auch Josef Schüßlburner den Prozeß in Tokio vor 50 Jahren gegen die japanischen Kriegsverbrecher (35/96). Selbiger stellt in der Folge-Ausgabe Gemeinsamkeiten der Ziele von Scientology und den Parteien der Mitte - gar CDU und FDP - her; letztere würden schließlich durch ihr Eintreten für eine multikulturelle Gesellschaft ebenso dem undemokratischen Weltstaat, den auch Scientology anstrebe, huldigen. Zur Seite springt die JF dem rechtsextremen französischen Front National, der als Opfer der Linken vor Jahren völlig unschuldig in den Verdacht der Beteiligung an der verwerflichen Friedhofschändung von Carpentras geraten sei (36/96).

Studienzentrum schult den akademischen Nachwuchs:

Denkschmiede für Ultrarechte

Das „Studienzentrum Weikersheim“ (SZW) - eine „Denkfabrik“ ganz am rechten Rand - ist wegen vielfältiger Kontakte zur extremen Rechten schon häufiger ins Gerede gekommen. Bei alljährlichen Hochschulwochen wird der akademische Nachwuchs auf den rechten Kurs getrimmt.

Zum fünftenmal seit 1992 führt das „Studienzentrum Weikersheim“ (SZW) vom 15. September bis 20. September seine „Weikersheimer Hochschulwoche“ durch. Inhaltlich soll in erster Linie die Frage diskutiert werden, „welcher Erneuerungen die Soziale Marktwirtschaft bedarf, damit Deutschland und darüber hinaus die Staaten der EU auch im globalen Wettbewerb bestehen können.“ Die Teilnahme steht Studenten und auch „Nachwuchskräften“ aus Wirtschaft und Verwaltung offen.

Anreisen zur „Hochschulwoche“ werden auch zahlreiche Mitglieder der SZW-Nachwuchsorganisation „Junges Weikersheim“, in der rund 80 Personen organisiert sind. Ziel des 1991 gegründeten „Jungen Weikersheim“ sei, so eine Selbstdarstellung, „Landsleute aus allen Teilen Deutschlands“ für eine Mitarbeit im SZW zu werben. Desweiteren will das „Junge Weikersheim“ einen Beitrag zur „Bildung einer geistigen Leistungselite“ leisten, „die unser Gemeinwesen zu erneuern vermag“.

Der „geistigen Leistungselite“ fühlt sich auch der Berliner Ulli Boldt, zugehörig, der zeitweilig der vierköpfigen Führungsspitze des 1991 gegründeten „Jungen Weikersheim“ angehörte. Doch Boldt bleibt die Teilnahme an der diesjährigen „Weikersheimer Hochschulwoche“ verwehrt. Im letzten Jahr wurde Boldt, seit Januar 1994 Vorsitzender der „Berliner Kulturgemeinschaft Preußen e.V.“, eines Sammelbeckens für das gesamte rechtsextremistische Spektrum Berlins, vom SZW ausgeschlossen. Zuvor war er Kader der zwischenzeitlich verbotenen „Nationalistischen Front“ (NF) und bis März dieses Jahres Betreiber des „Nationalen Infotelefon Berlin“ (NIT). Im Sommer 1994 zeichnete der „Weikersheimer“ Boldt gar als Anmelder von Rudolf-Heß-Gedenkmärschen in Frankfurt/Oder und Oranienburg verantwortlich.

„Oberstes Ziel politischer Arbeit“ müsse, so Boldt in der holocaustleugnenden Schrift „Sleipnir“, die „Destabilisierung des Systems sein.“ (4/95)

„Geistige Leistungselite“

Wie auch in den Jahren zuvor liegt die „wissenschaftliche Leitung“ der Weikersheimer Hochschulwoche in den Händen des bewährten Duos Lothar Bossle und Klaus Hornung, Symbolfiguren im Grauzonengeflecht zwischen Rechtskonservatismus und Rechtsextremismus. Bossle, Soziologieprofessor an der Uni Würzburg, ist Autor des Hohenrain-Verlages und der Verlagsgesellschaft Berg, Referent bei der „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt“ (ZFI), beim „Verein zur Förderung der psychologischen Menschenkenntnis“ (VPM) sowie Glaubensbruder des katholischen Geheimbundes „Ritter vom Heiligen Grabe zu Jerusalem“. Der emeritierte Professor für politische Wissenschaften Hornung publiziert u.a. in der „Jungen Freiheit“ und beim „Hohenrain-Verlag; er zählt zum ebenfalls einschlägigen Referentenkreis des VPM.

Die Tagungsleitung hat der Fähnrich d.R. Albrecht Jebens inne, der seit 1982 als Geschäftsführer dem Studienzentrum vorsteht. Auch er ist gerngesehener Autor in rechtslastigen Publikationen. Beiträge von Jebens finden sich in „Criticon“, der „Schweizerzeit“, dem „Ostpreußenblatt“ und der Schriftenreihe „Junges Forum“, die im neurechten Verlag der „Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft“ (DESG) erscheint. Darüber hinaus ist Jebens Mitglied des ehrenamtlichen Beirates der „Gesellschaft für Siedlungsförderung in Trakehnen mbH“, die zum Machtimperium des rechtsextremen Verlegers Dietmar Munier zählt.

Den Festvortrag der 5. „Weikersheimer Hochschulwoche“ hält das SZW-Mitglied, Klaus von Trotha (CDU), baden-württembergischer Wissenschaftsminister. Mit Vorlesungen und Referaten bereichern die Hochschulwoche auch der baden-württembergische Finanzminister Gerhard Mayer-Vorfelder (CDU) sowie die Professoren Albrecht Schachtschneider (Universität Nürnberg; Interviewpartner der „Jungen Freiheit“, Referent beim VPM) und Joachim Starbatty (Universität Tübingen, Autor in „Criticon“, Vorsitzender der „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“). Beide waren zeitweilig stellvertretende Bundesvorsitzende des „Bundes Freier Bürger“ (BFB).

Gegründet wurde das „Studienzentrum Weikersheim“ Mitte Oktober 1979 auf Initiative des

„furchtbaren Juristen“ (so der Schriftsteller Rolf Hochhuth) mit dem „pathologisch guten Gewissen“ (Erhard Eppler), Hans Filbinger (CDU), der im Jahr zuvor als baden-württembergischer Ministerpräsident zurücktreten mußte, als in der Öffentlichkeit bekannt wurde, daß er als NS-Marinerichter noch wenige Wochen vor Kriegsende an Todesurteilen gegen Wehrmachtsdeserteure beteiligt war. Ziel des SZW, das sich bei der Gründungskonzeption an neokonservativen Think-Tanks (Denkfabriken; aktuelles Beispiel ist die Dresdner „Comenius-Gesellschaft“) in den USA und neurechten Polit-Clubs in Frankreich orientierte, sollte die Durchbrechung der Ende der siebziger Jahre angeblich herrschenden Tabuisierung des Konservatismus sein. Als Ideologiezentrum am Rande der Union wollte man diese neu als „christlich-nationale-konservative“ Partei profilieren und forderte lautstark die „geistig-moralische Wende“.

„Ein furchtbarer Jurist“

Erstmals medienspektakulär rückte das SZW 1989 ins Rampenlicht der Öffentlichkeit, als Rolf Schlierer, Landespressesprecher der baden-württembergischen „Republikaner“, zuvor Pressesprecher der „Deutschen Burschenschaften“, in seiner Eigenschaft als kooptiertes Mitglied im SZW-Kuratorium geoutet und - um das demokratische Mäntelchen zu wahren und die Gemeinnützigkeit nicht zu gefährden - rausgeworfen wurde. Weitere Skandale, darunter das Auftreten von europaweit bekannten rechtsextremen Referenten wie dem Briten Michael Walker folgten und mobilisierten die demokratische Öffentlichkeit gegen das SZW.

Doch die Proteste haben der ultrarechten Denk- und Kaderschmiede nur wenig geschadet. Der Widerstand habe, so unlängst Geschäftsführer Albrecht Jebens, eine Welle der Solidarität ausgelöst. Allein von einer „namhaften Firma“ wurden 10.000 Mark gespendet. Nach Informationen der lokalen „Tauberzeitung“ scharen sich rund 650 Gleichgesinnte um den Gründer und Präsidenten des Vereins, Filbinger; 30 Unternehmen sind als Vereinsmitglieder eingetragen.

Ideelle und finanzielle Unterstützung erfährt das „Studienzentrum“ auch aus den Reihen der 1993 ins Leben gerufenen „Hans Filbinger-Stiftung zur Förderung christlichen, vaterländischen und humanistischen Gedankengutes in Wissenschaft, Wirtschaft, Kunst und Politik“. Filbinger hatte im Stuttgarter Neuen Schloß bei einer Feier der Landesre-

gierung zu seinem 80. Geburtstag am 15. September 1993 die Stiftungsurkunde der „Hans Filbinger-Stiftung“ erhalten. Willi Dampf, Schatzmeister des SZW, erläuterte den Stiftungszweck: Die von „100 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens“ gegründete neue Einrichtung will „im wissenschaftlichen, wirtschaftlichen, künstlerischen und politischen Bereich Aktivitäten entfalten zur Erhaltung, Förderung und Durchsetzung christlicher Ziele und patriotischer Positionen in Deutschland“. Dies bedeutet die „Förderung von Bildungsangeboten an die junge Generation, insbesondere bei der Durchführung interdisziplinärer Hochschulwochen“. Den Gründungsauftrag unterstützten u.a. Mayer-Vorfelder (einst persönlicher Referent des Ministerpräsidenten Filbinger), der Publizist Gerhard Löwenthal und Paul Schmidt-Carell, Vorstandsmitglied der „Deutschland-Stiftung“ seit deren Gründung. Schmidt, der nach 1945 unter dem Pseudonym Paul Carell publizierte, war ab 1938 Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes und leitete dort die täglichen Pressekonferenzen. Der SS-Obersturmbannführer Schmidt, 1940 wurde er Chef der Presse- und Nachrichtenabteilung, begrüßte im Mai 1944 lauthals die „laufenden und geplanten Judenaktionen in Ungarn“. Bei der „Deutschland-Stiftung“ ist der „Demokrat“ (so Kurt Ziesel) Schmidt-Carell ein gerngesehener Mitstreiter.

In der Stiftungskasse sind dank Schmidt-Carell und Gesinnungskameraden mittlerweile rund 190.000 Mark zusammengekommen. „Zustifter“ (Mindestbetrag: DM 1.000,-) werden auf Wunsch weiterhin gerne im „Kreis der Förderer der Hans Filbinger-Stiftung“ begrüßt.

Anton Maegerle

PERSONALIE

Ludwigsburg - Alfred Streim, der langjährige Leiter der Zentralstelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg, ist am 19. August im Alter von 64 Jahren verstorben. Seit 1963 stand der Leitende Oberstaatsanwalt Streim im Dienste der 1958 gegründeten Behörde der Landesjustizverwaltungen, deren Leitung er 1984 übernommen hatte. Erst im April wurde Streim das Offizierskreuz der Republik Polen verliehen. Streim warnte immer wieder davor, die Verfolgung von NS-Verbrechen durch „Archivierung“ zu beenden.

Zur Debatte um Goldhagen:

Das Buch zum Buch

Daß ein Buch bereits vor seinem Erscheinen Anlaß zum Streit gibt ist nichts Ungewöhnliches, meist geschieht dies jedoch, wenn skandalträchtige Enthüllungen zu erwarten sind. Nichts dergleichen versprach die seit einigen Tagen in Deutsch vorliegende Dissertation des amerikanischen Politikwissenschaftlers Daniel Jonah Goldhagen "Hitlers willige Vollstrecker". Und obwohl zunächst nur wenigen ein schmaler, zudem nur englischer Vorabdruck vorgelegen hatte, allenfalls ein Klappentext des deutschen Verlegers, hatte sich seit April in Deutschland bei Historikern wie Journalisten oder Politikern fast durchgängig die Meinung gebildet: der junge Autor, der sich anheischig machte, eine revolutionäre neue Erklärung für den Holocaust gefunden zu haben, hatte ein schlechtes Buch vorgelegt. Auch dort, wo der/die Rezensent/-in dabei ertappt werden konnte, daß er/sie das Buch möglicherweise gar nicht gelesen hatte, trug man seinen Verriß im Brustton der Überzeugung vor. „Purer Unsinn“, schimpfte Rudolf Augstein; das Buch genüge auch mittelmäßigen Ansprüchen nicht, urteilte Eberhard Jäckel. Außenminister Kinkel verteidigte unaufgefordert alle Deutschen vor den Amerikanern, denen das Buch seit März vorlag, sie trügen keine Kollektivschuld am Holocaust (was Goldhagen auch gar nicht behauptet hatte). Bemüht um markige Worte sprach in der Tageszeitung eine sonst im Filmgewerbe tätige Dame von „pulp fiction“, die das „Fantasy-Material der 40er und 50er Jahre neu aufbereitet“. Historiker, voran Hans Mommsen, tadelten Goldhagen, weil er angeblich „hinter dem Forschungsstand“ zurück sei.

Daß 1994 die dem Buch zugrundeliegende Dissertation von 1992 von der hoch renommierten American Political Science Organisation nach einem skrupulösen Auswahlverfahren mit Bestnote versehen worden war, wußte man beiseite zu schieben: es seien ja „nur“ Politologen, die hier ein wichtiges Werk zur Erklärung des Holocaust priesen. Mit allerlei allzu offensichtlich auf die Abwertung des Autors und seiner Arbeit zielenden Beiworten wurde er begleitet - erst 36 -, „Assistenz“-Professor, (das soll ihm hier einer mal nachmachen). Unsere Rezensenten ließen ihre Leser wissen, um den Erfolg des Buches zu verstehen, müsse man die Eigenheiten des amerikanischen Publikums, insbe-

sondere der amerikanischen Juden berücksichtigen - als ob jenseits des Teiches nur Blödmänner leben. Bitter wurde es, wenn man immer wieder betonte, Goldhagen sei Jude; sein Vater zudem KZ-Überlebender. Fröhlicher deutscher Antisemitismus bis in die nobelsten Kreise? Offenbar.

Pünktlich zum Erscheinen der deutschen Ausgabe von Goldhagen wird unter der Herausgeberschaft von Julius H Schoeps eine „Dokumentation zur Goldhagen-Kontroverse um die Rolle der Deutschen im Holocaust“ vorgelegt. Es sind die in den letzten Monaten in USA und Großbritannien sowie die in Deutschland erschienen Kritiken zusammengefaßt. Nun kann man sicherlich gegen ein solches Vorhaben Kritik anmelden, weil der Verdacht entstehen könnte, es hänge sich an den Publikumerfolg eines anderen an. Ein solcher Vorbehalt trifft hier aber nicht zu. Im Gegenteil: für die, die sich vorgenommen haben, Goldhagen in der deutschen Übersetzung zu lesen, macht es sehr wohl Sinn, sich den Verlauf der bisherigen Diskussion über das Buch zu vergegenwärtigen. Vielleicht gelingt es dann dem einen oder anderen, das Buch in dem Sinne zu lesen, wie es Goldhagen verstanden wissen wollte.

In dreifacher Hinsicht hinterläßt die (negative) Kritik einen bitteren Nachgeschmack:

1. Wenn es denn wirklich so ist, daß alles, was Goldhagen geschrieben hat, mehr oder weniger bekannt gewesen ist, dann würde dies für sich nicht ausreichen, ihn wegen des Erfolgs bei seinen Lesern zu beschimpfen. Kein Historiker hat ihm wirkliche Fehler nachgewiesen, daß das eine oder andere fehlte, war unausbleiblich. Wenn Goldhagen in der Sache aber recht hatte, dann kann es nur die Art und Weise der Darstellung gewesen sein, die in Amerika die große Zustimmung ausgelöst hat. Dies aber würde den Verdacht nahe legen, daß es die Eitelkeit der Historiker ist, die es einem - von ihnen penetrant als Nicht-Historiker abqualifizierten - Soziologen übel nehmen, daß er eine Darstellungsform für das schwierige Thema Holocaust gefunden hat, die die Menschen erreicht. In der Tat mag es eine Grundsatzüberzeugung unter Historikern sein, daß sie ihr Wissen emotionslos dem Leser präsentieren; Goldhagens Text ist demgegenüber gefühlsbeladen, er scheint im Sturm vor den von ihm recherchierten Fakten davonzulaufen, weil sie ihn verwirren.

Nun hatten wir bei der Aufarbeitung des Holocaust vergleichbare Zustände bereits früher. Man erinne-

re sich an den Holocaust-Film des Jahres 1978, der einen neuen Zugang zum Thema für das allgemeine Publikum eröffnete, was bei einigen Politikern zu einem peinlichen Bemühen führte, den Film aus den Hauptprogrammen des Fernsehens zu verbannen. Aber auch in den dritten Programmen konnte er viele Menschen erreichen. Auch damals wurde das Erscheinen des Filmes als Seifenoper abqualifiziert, Chefredakteure deutscher Medienanstalten wiesen auf die Statistik der nach dem Krieg präsentierten Sendungen hin und gestanden damit ungewollt ein, daß ihre Sendungen das Publikum nicht erreicht hatten. Nicht anders ging es in den 70er und 80er Jahren, als im Rahmen der politischen Bildung versucht wurde, mit den Mitteln der sogenannten oral history vor allem jungen Menschen das Verstehen der Vernichtungspolitik der Nazis zu ermöglichen: Indem man davon Abstand nahm, sie mit den Monsterzahlen zu erschlagen, sondern ihnen durch Vermittlung von Spuren vor Ort ein behutsames Sicheinfühlen in das Ungeheuerliche des Geschehens eröffnete. Auch hier kam aus der Historikerzunft Kritik an dieser Art von Laienarbeit. Ähnlich ging es dann dem Film Schindlers Liste, als erneut mit den Mitteln des Melodrams Verfolgung und Widerstand dargestellt wurden. Ich meine, die Historiker hätten keinen Grund, dem Daniel Goldhagen seinen Erfolg zu neiden, es sind schließlich die von ihnen erforschten Fakten, die er weiter verbreiten hilft.

2. Betroffen macht bei der Würdigung der in den letzten vier Monaten geführten Diskussion der antiamerikanische und vor allem der antisemitische Unterton. Für den unbefangenen Leser stellt sich der Verdacht ein, als hätten 50 Jahre vorgebliche Auseinandersetzung mit einem der furchtbarsten Verbrechen der Weltgeschichte wenig bis gar nichts bewirkt. Nun mag es die Deutschen stören, daß die Opfer des Holocaust sie nach wie vor an dem ihnen - den Opfern - hinzugefügten Leid festhalten.

Weder aber kann man mit demonstrativen Jubiläumsveranstaltungen das Ende von Diskussionen über den Holocaust erzwingen, noch kann man den Betroffenen deren Fortsetzung verbieten. Wer mit den - in der Sache guten - Auftritten im vergangenen Jahr die Erwartung verbunden hatte, er könne das Thema als zu den Akten gehörig betrachten, dem mußte schon damals klar sein, daß eine solche Strategie zum Scheitern verurteilt war. Im übrigen hilft es nicht, wenn das Tätervolk sich wehleidig in eine Opferrolle begibt.

3. Indem Goldhagen darauf verweist, daß das Wissen um die Verfolgungs- und Vernichtungspolitik der Nazis breiter im Volke verhaftet war, als man bisher tapfer vertrat, versperrte er den Deutschen den in der Vergangenheit beschrittenen Ausweg, immer auf andere als die für den Holocaust Verantwortlichen zu verweisen. Daher verwiesen auch jetzt einige der (abwehrenden) Rezensenten auf eine falsch verstandene Himmler-Äußerung über die angeblich geringe Zahl der Wissenden. Richtig ist aber, daß Goldhagen an keiner Stelle den Vorwurf der Kollektivschuld des ganzen deutschen Volkes erhoben hat - Verteidigung dagegen ist also müßig. Nun ist den Deutschen auch der Herr Priebke als Schuldiger abhanden gekommen. Um so heftiger bemühen sich manche deutschen Kritiker, den Nachweis zu führen, daß Untaten massenweise auch von anderen Völkern begangen wurden. Ein makaberes Argument, denn welches moralische Recht gibt es, eigene Verantwortlichkeit los zu werden, wenn man mit dem Finger auf andere zeigt. Gerade diese Vorgehensweise aber macht deutlich, daß wir Deutschen noch eine Menge aufzuarbeiten haben. Und dazu kann Goldhagens Buch, so angreifbar in Details auch sein mag, nur nützen.

Klaus-Henning Rosen

Julius H. Schoeps (Hg.). Ein Volk von Mördern? Die Dokumentation zur Goldhagen-Kontroverse um die Rolle der Deutschen im Holocaust, Hamburg 1996, S. 252, 25,- DM

HINWEIS

Berlin - Im Berliner Stadtmuseum ist derzeit die Rekonstruktion einer Ausstellung holländischer Antifaschisten aus dem Jahr 1936 zu besichtigen. Die Amsterdamer Gegenausstellung zu der von Nazi-Deutschland veranstalteten Berliner Kunstolympiade 1936 vereinigte 300 Arbeiten von 150 bildenden Künstlern aus verschiedenen Ländern. Hauptanliegen der „De Olympiade Onder Dictatuur“ - bezeichnenderweise mit den Initialen D.O.O.D - genannten eindrucksvollen antifaschistischen Demonstration war die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Die Ausstellung im Berliner Ephraimipalais ist noch bis 29. September zu besichtigen; Dienstag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr. Ein Katalog ist zum Preis von DM 39,— erhältlich.

Die 69.

Ijzerbedevaart

Am letzten Augustsonntag trafen sich wieder flämische Nationalisten aller Art in der westflämischen Kleinstadt Diksmuide zur alljährlichen „Ijzerbedevaart“ (Ijzer-Wallfahrt), der Heldengedenkfeier der flämischen Soldaten des Ersten Weltkriegs (s. BNR 18/95). Wie schon im vergangenen Jahr war die Vorbereitung der Veranstaltung vom offenen Kampf zwischen dem gemäßigen Flügel (um Ijzerbedevaart-Komiteeführer Lionel Vanderberghe) und dem radikalen Flügel (unterstützt von dem rechtsextremen „Vlaams Blok“ <VB>) geprägt. Die Radikalen, die letztes Jahr eine wenig erfolgreiche alternative Wallfahrt organisiert hatten, betonten dieses Mal ihren Protest auf der offiziellen Veranstaltung.

Geschmückt mit gelben Schals, bedruckt mit dem Text „Die Wallfahrt - Ja! Dieses Komitee - Nein!“ und Plakaten auf denen „Unabhängiges Flandern“ stand, versuchten die Radikalen, der 69. Ijzerbedevaart ihren Stempel aufzudrücken. Der Protest der Radikalen, die etwa 40 Prozent der rund 15.000 Veranstaltungsteilnehmer ausmachten, erreichte seinen Höhepunkt während der Rede Vanderberghe. Ein kakaphonisches Pfeifkonzert und Anti-Vanderberghe-Sprechchöre machten dessen Rede fast unverständlich. Die Anhänger des gemäßigten Flügels reagierten dagegen mit nachdrücklichem Beifall, was den Machtkampf innerhalb der flämischen Bewegung sehr deutlich spürbar werden ließ. Nach Beendigung der Rede stürmten einige hundert Radikale das Podium des Ijzerturms, wobei es zu kleineren handlichen Auseinandersetzungen kam.

Von prominenten Politikern der Gemäßigten (CVP und VU) wurde diese Aktion der Radikalen öffentlich scharf verurteilt. Sie sprachen von „faschistischen Terrorismethoden des VB“ und riefen die flämische Bewegung auf, sich von dieser rechtsextremistischen Partei zu trennen. Es wäre aber sicherlich falsch, den Protest nur als eine Demonstration des VB zu bewerten. Nicht jeder radikale Nationalist ist auch Anhänger des VB und seiner Anti-Ausländer-Politik. Viele sind einfach nur unzufrieden mit der zu wenig radikalen und demokratischen Politik des Ijzerbedevaartkomitees.

So unruhig es auf der offiziellen Veranstaltung am Sonntag war, so ruhig war es am Samstag beim rechtsextremistischen Europäischen Kameradschaftsabend. Um Ausschreitungen wie in den vergangenen Jahren zu verhindern, hatte die belgische Polizei 135 (meist ausländische) Rechtsextremisten bereits an der Staats- und Stadtgrenze festgenommen. In und über Diksmuide war die Polizei zahlreich und sichtbar präsent (u.a. mit zwei Hubschraubern). So gab es denn auch in diesem Jahr nicht die sonst üblichen Krawalle - möglicherweise auch, weil weniger Rechtsextremisten gekommen waren als in den Vorjahren. Unter den etwa 300 Anwesenden befanden sich Vertreter verschiedener flämischer (z.B. „Voorpost“, „Were Di“, NSV und VB) sowie ausländischer Organisationen, z.B. der niederländischen „Nationale Volkspartij/Centrumpartij'86“ und der deutschen „Jungen Nationaldemokraten“. Anwesend waren des weiteren die französische „Nouvelle Resistance“, die amerikanische „National Alliance“, die britische „International Third Position“ und die italienische „Movimento Sociale Fiamme Tricolore“.

Cas Mudde

Tagebuch

Aarau (Schweiz) - Einen vergeblichen Ausflug in die Schweiz machten am 17. August dieses Jahres fünfzehn deutsche Skinheads und Renees, die zum Todestag von Rudolf Heß in der Umgebung von Aarau an einer Skinhead-Party teilnehmen wollten. (Im vergangenen Jahr hatte sich an diesem Wochenende rund zweihundert Skinheads auf Einladung der Schweizer Hammer-Skinheads in der Nähe der Kleinstadt Aarau zu einer lautstarken „Sommerparty“ versammelt). Dieses Jahr fand das Treffen gar nicht statt, und die Skingruppe fiel einer Polizeipatrouille auf, welche die Kahlköpfe und ihre Begleiter

rinnen kontrollierte, sowie die Fahrzeuge durchsuchte. Nach der Kontrolle wurden die süddeutschen Skins und Renees unverzüglich über die Landesgrenze abgeschoben, da ihre Anwesenheit in der Schweiz unerwünscht sei.

Berlin - Christian Wendt, leitender Redakteur der „Berlin-Brandenburger Zeitung“ (BBZ) und Winfried Knörzer, Autor der „Verlagsgesellschaft Berg“, der „Jungen Freiheit“ und „Criticon“, attackieren in der August-Ausgabe der BBZ die rechtsintellektuelle Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF). So sei diese im „Umfeld junger Rep-Mitglieder und nationaler Jungakademiker“ entstanden und lasse heute gar Sympathien für den „rechten Rand der FDP“ auf-

kommen, was Wendt und Knörzer nicht gerne sehen. Aktuelles Beispiel sei die von der JF für offiziell beendete Arbeit der JF-Leserkreise.

In der August-Ausgabe der „Berlin-Brandenburger Zeitung“, die dem Umfeld der neonazistischen „Nationalen“ zuzurechnen ist, findet sich auf der Titelseite eine Anzeige der „Republikaner“ in Berlin mit Angabe der Infotelefonnummer.

Berlin - Die „Junge Freiheit“ offeriert ab sofort eine Broschüre mit der Klageschrift von Rechtsanwalt Manfred Brunner gegen das nordrhein-westfälische Innenministerium. Die JF, vertreten durch den BFB-Vorsitzenden Brunner will erreichen, vom NRW-Innenministerium nicht mehr als rechtsextremistisch eingestuft zu werden. Die 70 Seiten umfassende Broschüre ist zum Preis von DM 30,— (inklusive DM 20,— Prozeßkostenzuschuß) beim JF-Buchdienst erhältlich.

Berlin/Lausanne (Schweiz) - Einen Toten zum Leben erweckt hat die JF in ihrer Ausgabe vom 16. August (34/96). Sie informiert ihre Leserschaft über das für September angekündigte Erscheinen des Buches „Ein Leben zwischen Hitler und Carlos“ (Unionsverlag-CH) von Karl Laske über den Schweizer Francois Genoud („Ich bin Nationalsozialist der ersten Stunde, und bin es bis heute geblieben“). JF-Angaben zufolge lebt Genoud heute in der Nähe von Lausanne. Fakt ist, daß Genoud am 1. Juni dieses Jahres Selbstmord beging. Ob die JF immer so gründlich recherchiert?

Bonn - Dem Bundeskriminalamt sind im zweiten Quartal 1996 insgesamt 170 antisemitisch motivierte Straftaten bekannt geworden, 40 weniger als im ersten Quartal 1996. Dies teilte die Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der PDS mit. Im einzelnen habe es sich um zwei Körperverletzungen, vier Fälle von Friedhofsschändungen, zwölf Sachbeschädigungen und 152 „sonstige“ Delikte gehandelt. Drei Menschen wurden dabei verletzt, 16 Tatverdächtige seien festgenommen worden. Im Vergleich zum zweiten Quartal des Vorjahres sind die Straftaten mit antisemitischem Hintergrund um rund 40 Prozent zurückgegangen.

Dortmund/Rom - Aus einer Antwort des früheren NRW-Justizministers Krumsiek aus dem Jahr 1995 auf eine Große Anfrage der Grünen geht hervor, daß von 78 Staatsanwälten, die bis Anfang der siebziger Jahre an der Dortmunder Zentralstelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen beschäftigt waren, acht der NSDAP angehört hatten. Der Leitende Oberstaatsan-

walt Weissing in Hamm hatte erst vor wenigen Tagen gegenüber der ARD eingeräumt, daß bei den früheren deutschen Ermittlungen gegen Erich Priebke „verheerende Fehler“ vorgekommen seien; das Verfahren gegen Priebke war 1971 eingestellt worden.

Der im Gefängnis in Rom einsitzende frühere SS-Offizier Priebke soll bislang fast 650 Verehrerbriefe erhalten haben, etwa des Tenors „Halte durch, Du hast deine Pflicht getan“ oder „Ehre sei dir“, „tapferer Soldat“. Die meisten Briefe kämen von italienischen Fans.

Erfurt - Der Thüringer Neonazi Thomas Dienel (35) ist erneut zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden. Das Landgericht Erfurt verurteilte Dienel, ehemals Vorsitzender der „Deutsch-Nationalen-Partei“ (DNP) und vorher Landesvorsitzender der Thüringer NPD, wegen Störung des öffentlichen Friedens zu einer Haftstrafe von drei Jahren und drei Monaten. In die jetzt ergangene Strafe wurden zwei frühere Verurteilungen einbezogen, die bereits zu zwei Dritteln verbüßt wurden. Im Dezember 1995 war Dienel auf Beschluß des Oberlandesgerichts Thüringen vorzeitig auf Bewährung entlassen worden. Das Bundesverfassungsgericht hatte Ende Juli dieses Jahres den Antrag der Bundesregierung von 1992 abgelehnt, dem notorischen Neonazi Dienel die politischen Grundrechte zu entziehen.

Erlangen - Der neonazistischen Mailbox-Verbund „Thule“ („Widerstand“ in Erlangen, „Janus“ in München, „Elias“ in Oftersheim, „Germania“ in Bonn, „Osgiliath“ in Frankfurt, „Bunker“ in Berlin, „Propaganda“ in Karlsruhe, „Kraftwerk in Weissenbrunn/Bayern, „Dissident“/Wien/Österreich, „Ost-West-White-Board“/Niederlande und „Digital Freedom“/Ontario/Kanada), der von Thomas Hetzer (Pseudonym: Alfred Tetzlaff) in Erlangen „geführt“ wird, hat neuerdings auch eine eigene Adresse im World Wide Web (Internet).

Im „Thule“-Mailbox-Netz basteln Neonazis derzeit an einer Liste von „Anti-Nationalen Unternehmen“. Hier genügt bereits eine Anzeige in dem Vierteljahresheft „Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums“, um an den Pranger gestellt zu werden.

Haldesleben/Stuttgart - Die sachsen-anhaltinischen „Republikaner“ wünschen sich Franz Schönhuber wieder als Bundesvorsitzenden der Partei. Diesen Beschluß faßte der REP-Landesverband unter dem Vorsitzenden Rudolf Krause auf seiner Sitzung am 3. August. Wie die „Junge Freiheit“ berichtete, soll Bundesvorsitzender Rolf Schlierer diesem Ansinnen negativ gegenüberstehen: „Wir brauchen Herrn

Schönhuber nicht“, erklärte er. Und die nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Uschi Winkelsett will ihn schon gar nicht, nach ihr könne Schönhuber „bleiben, wo der Pfeffer wächst“.

Köln - Am 27. Juli dieses Jahres hat unter strenger Geheimhaltung in Köln die 30-Jahres-Feier des Kölner NPD-Kreisverbandes stattgefunden. Die rund 150 anwesenden Rechtsextremisten wurden von Franz Rennicke und René Heizer gebührend unterhalten.

Leipzig - In der „Sachsenstimme“, dem NPD-Organ für Sachsen „mit Berichten aus dem deutschen Osten“ (Juli/August) wird stolz mitgeteilt, daß es den sächsischen „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) trotz massiver Repressalien durch den politischen Gegner“ gelungen sei, „einen Stamm von Aktivisten zu bilden“. Spenden für die JN können auf ein NPD-Sonderkonto in Meißen einbezahlt werden, Kontoinhaber ist Matthias Paul. In der Rubrik „Berichte aus dem DEUTSCHEN OSTEN“ ist ganzseitig ein Aufruf des „Freundschafts- und Hilfswerkes-Ost e.V.“ (FHwO.) des niedersächsischen Nationaldemokraten Klaus Hoffmann veröffentlicht. Geworben wird für die „Sachsenstimme“ u.a. in der österreichischen Monatszeitschrift „Eckartbote“, dem Organ der „Österreichischen Landsmannschaft“.

Stade/Recklinghausen - Nach einem Bericht des Revanchistenblattes „Der Schlesier“ (30.8.1996) haben sich am 18. August in Stade Vertreter mehrerer ultrarechter Parteien und Gruppierungen zusammengefunden, um an einer gemeinsamen Wahlplattform für künftige Wahlen zu schaffen. Anwesend waren danach: Freiherr v. Camphausen, Bundesvorsitzender der „Deutschen Partei“, DSU-Vorsitzender Roberto Rink, Vertreter der „Freien Bürger-Union“, der „Niedersächsischen Landespartei“ und der „Unabhängigen Ökologen Deutschlands“. Mit von der Partie sollen ferner die Brunner-Partei, Alfred Mechtersheimer mit Anhängern und der „Bund für Deutsche Erneuerung“ des Ex-„Republikaners“ Ekkehard Birkholz sein.

Tübingen - Vor der Jugendkammer des Tübinger Landgerichts wird gegen fünf Neonazis wegen Fälschung von Unterstützungsunterschriften für den Wahlvorschlag der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH) verhandelt. Dabei sollen in den Wahlkreisen Reutlingen, Hechingen-Münsingen und Tübingen Unterstützungsunterschriften zugunsten der DLVH anlässlich der Landtagswahl in Baden-Württemberg vom April 1992 gefälscht worden sein. Angeklagt sind der vorbestrafte Andreas Rossiar,

Adresse:

ehemaliger Vorsitzender der verbotenen „Heimattreuen Vereinigung Deutschlands“ (HVD), der frühere HVD-Vize Dirk Plankenhorn, Martin Hartmann, Michael Hausch und Frank Sobek. Die beiden Neonazis Rossiar (30) und Plankenhorn (28) gehörten in den 80er Jahren der FAP an. Die HVD wurde am 16. Dezember 1988 von den beiden gegründet und besaß mit der „Heimattreuen Vereinigung Elsaß“ (HVE) eine Schwesterorganisation in Frankreich. Zeitweilig gehörten knapp 100 Personen der „Heimattreuen Vereinigung“ an. Im Juli 1993 erließ der damalige baden-württembergische Innenminister Frieder Birzele (SPD) ein Verbot der HVD. Verhandelt wird am Tübinger Landgericht am 16. und 17. September 1996, jeweils ab 8.30 Uhr.

Villingen-Schwenningen/Frankfurt - Als engagierter Verfechter für Pressefreiheit darf sich als Leserbriefschreiber in der FAZ (23.8.1996) ausgerechnet Jürgen Schützinger, Vorstandsmitglied der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ gebärden. Anlaß dazu bietet dem Rechtsextremisten die - sicherlich skandalöse - vor wenigen Wochen stattgefundene Durchsuchungsaktion in mehreren Bremer Zeitungsredaktionen. Anzumerken bleibt allerdings, daß der „freiheitlich-demokratische“ Staat, für den Schützinger hier plädiert, ja wohl gänzlich anders geartet sein dürfte.

Winterberg/Sauerland - Hinter dem neonazistischen Hetzer „Lutscher“, der dem „Aktionskomitee Rudolf Heß 1996“ angehört und seine Kameraden regelmäßig im Mailbox-Netz „Thule“ zu Aktionen antreibt, soll sich Andre Zimmermann, einst NRW-Landesvorstandsmitglied der verbotenen FAP, verbergen. Zimmermann (32), führendes Mitglied der neonazistischen „Sauerländer Aktionsfront“, ist zugleich Betreiber des „Nationalen Infotelefon Sauerland“. Daneben ist „Lutscher“ treibende Kraft in Sachen „Vernetzung ohne Organisationen!“. In diesem Rahmen fordert er die Kameraden auf, die „Berlin-Brandenburger-Zeitung“ (BBZ) mit sämtlichen Regionalausgaben zu unterstützen. Ebenso sollte in jeder Kameradschaft „einer ins Thule-Netz!“ sowie Faxgerät, Mobiltelefon und Postfach obligatorisch sein.